

»Wir sollten direkte Demokratie als ein demokratisches Instrument würdigen«

Der Politikwissenschaftler Nenad Stojanović übernimmt in diesem Wintersemester die Alfred Grosser-Gastprofessur.

UniReport: Herr Prof. Stojanović, der gerade neu gewählte argentinische Präsident hat sich bereits als Demokratiefeind zu erkennen gegeben. Muss man Angst vor solchen Leuten haben?

Nenad Stojanović: Ja, das ist tatsächlich eine Herausforderung für die Demokratie, im schlimmsten Fall sogar eine Gefahr. Wenn populistische Leader, Politiker oder Parteien an die Macht kommen – dank der demokratischen Institutionen und Freiheiten, über die wir in unseren liberalen Gesellschaften verfügen – profitieren sie sozusagen von der Tatsache, dass man ja auch freie Wahlen hat und freie Medien und man sich frei äußern kann etc. Wenn sie einmal die Macht ergriffen haben, besteht die Gefahr, dass sie dann versuchen, schrittweise diese verschiedenen Freiheiten und Rechte zu untergraben.

Wenn man sich jetzt auf Europa fokussiert, sieht man das zum Beispiel in Ungarn an der Politik Orbans: Seitdem er an der Macht ist, hat er offen gesagt, dass Ungarn zwar eine Demokratie sei, aber es müsse keine liberale Demokratie sein, er könne sich auch eine nichtliberale Demokratie vorstellen. Es gibt nur noch wenige unabhängige Medien in Ungarn, sogar eine Forschungsinstitution wie die Central European University, eine der besten Universitäten in Zentralosteuropa, wurde mit gewissen Gesetzesänderungen verboten.

Auch in Deutschland haben Teile der Bevölkerung mitunter den Eindruck, dass ihre Themen in den politischen Meinungsbildungsprozessen nicht ausreichend berücksichtigt werden. Ein Populist wie der neue argentinische Präsident kann sich ja sehr schnell diese Themen zu eigen machen.

Populismus muss nicht unbedingt per se schlecht sein. Es ist oft ein Zeichen, dass die Institutionen der Politik bei gewissen Bevölkerungsgruppen versagt haben. Wenn man von den traditionellen politischen Parteien und denjenigen, die regiert haben, enttäuscht ist, verzichtet man dann darauf, überhaupt an den Wahlen zu partizipieren. Wenn man dann eine neue Partei entdeckt, die etwas ganz anderes verspricht, dann ist es erst einmal verständlich, dass man seine Hoffnungen darauf setzt. Populisten schaffen es eben, diese Menschen wieder in die Politik zu integrieren. Es ist besser, dass jemand so partizipiert, als dass er überhaupt nicht mehr partizipiert. Sehr oft werden Versprechen aber nicht eingehalten und gerade populistische Politiker, die gegen herrschende Eliten wettern, sind dann sehr oft in Korruptionsfälle verwickelt.

Die Frage, welche Gefahren von solchen Politikern ausgehen, ist geknüpft an die Frage, wie stark die Institutionen sind, um mit dem System von Checks and Balances dagegenzuhalten. Man könnte sagen, dass zum Glück in den USA trotz allem, was in den letzten Jahren passiert ist, Trump am Ende doch nicht alles machen konnte, was er wollte.

In ihrem Heimatland, der Schweiz, werden viele Verfahren der direkten Demokratie schon

praktiziert. Wie lassen sich die Unterschiede zu Deutschland beschreiben?

Erstens: Mit dem Begriff der Direktdemokratie sind Referenden und Volksinitiativen gemeint, um die Verfassung zu ändern oder sich Entscheidungen des Parlaments entgegenzustellen. Die Schweiz ist auf der Welt das einzige Land, wo Referenden so häufig, etwa 3 bis 4 pro Jahr, und zwar auf allen drei Ebenen – kommunal, kantonale und national – genutzt werden. In Deutschland hingegen dürfen Referenden nicht auf nationaler Ebene durchgeführt werden, nur auf Länderebene oder Gemeindeebene. Das heißt, die Gesetze, die der Bundestag beschließt, können nicht durch ein Referendum bekämpft werden. Zweitens muss man den ausgeprägten Föderalismus der Schweiz, die Autonomie der Kantone, hier nennen. Deutschland ist zwar auch ein Bundesstaat, aber die nationale Regierung und ihre Gesetze sind in Deutschland mächtiger als in der Schweiz. Und drittens ist natürlich der große Unterschied die EU, der die Schweiz bekanntlich nicht angehört. Was den Aspekt des Populismus betrifft: Die Schweiz ist diesbezüglich nicht so einfach zu klassifizieren. Es gibt zwar auch bei uns Parteien, die wir populistisch nennen können, vor allem die Schweizerische Volkspartei (SVP). Prozentual gesehen ist die SVP schon seit 20 Jahren die stärkste Partei in der Schweiz. Aber, um einen vierten Unterschied zwischen der Schweiz und Deutschland zu nennen, haben wir es mit sogenannten Konkordanzregierungen zu tun: Nahezu alle Exekutive in der Schweiz, auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene, werden von Vertretern verschiedener Parteien gebildet. Es gibt aber im Unterschied zu den deutschen Koalitionsregierungen keinen Koalitionsvertrag. Das Wahlsystem ist so gestrickt, dass sich am Ende eine Exekutive gebildet hat, der die Vertreter der wichtigsten Parteien, von links bis rechts, angehören. Das heißt, man kommt nicht in eine Situation, wo man es mit einer problematischen populistischen Partei, ob jetzt rechts- oder linksradikal, zu tun bekommt. Mit solchen radikalen Parteien erst gar keine Partei zu bilden, wird in Deutschland, Frankreich und Belgien praktiziert. Parteien damit von der Teilnahme an der Exekutive auszuschließen, würde in der Schweiz so nicht funktionieren, denn das Wahlsystem ermöglicht den Wählerinnen und Wählern zumindest auf kommunaler und kantonaler Ebene, die Mitglieder der Exekutive direkt zu wählen.

Sie haben sich in Ihrer Forschung mit Bürgerräten beschäftigt. Ist das eine Schweizer Spezialität?

Eigentlich ließe sich sogar sagen, waren wir mit dem Projekt „Demoscan“ eher spät dran im Vergleich zu Ländern wie Frankreich, Belgien und den USA. Auch in Deutschland gibt es eine ganze Reihe von Bürgerräten. So gesehen haben wir in der Schweiz damit eher das Ausland kopiert. Ganz grundsätzlich betrachtet sind solche Bürgerräte und das Wiederentdecken von Losverfahren



Nenad Stojanović. Foto: KEYSTONE / Alessandro della Valle

eine der Antworten – und ich würde sogar behaupten, die Hauptantwort –, die sich jetzt durchgesetzt hat, auf die Krise der repräsentativen Demokratie zu reagieren. Weil in den repräsentativen Demokratien die Wahlbeteiligung sinkt, die traditionellen politischen Parteien entweder implodiert sind wie in Frankreich oder sich doch in großen Schwierigkeiten befinden wie in Deutschland und in Italien und neue populistische Bewegungen auf den Plan getreten sind, bedarf es Lösungen, wie man der Krise entgegen kann.

Auf der einen Seite gibt es diejenigen, die sagen, wir brauchen weniger Demokratie, aber dafür bessere Entscheidungen. Eine andere Position, auf die Krise der repräsentativen Demokratie zu reagieren, ist nun, noch mehr Demokratie zu wagen. Das kann mehrere Sachen bedeuten, aber es hat sich vor allem die Idee der Bürgerräte durchgesetzt, um breitere Schichten der Bevölkerung besser und vor allem anders in das politische Leben zu integrieren, und zwar mit Losverfahren. In einem Losverfahren sind wirklich alle gleich, jeder und jede hat genau die gleiche Chance, ausgelost zu werden. Die Bürgerräte sind nicht einfach wie ein Parlament. Es soll durch Deliberation, durch Diskussion, durch Austausch von Argumenten geschaut werden, wer die besten Argumente hat. Was sich zeigt: Die Mitglieder der Bürgerräte sind tatsächlich bereit, ihre eigenen Positionen zu ändern, wenn sie vom besseren Argument überzeugt sind.

Was verbirgt sich hinter dem Schweizer Projekt »Demoscan«?

„Demoscan“ ist eines der verschiedenen Modelle von Bürgerräten; hier sind aber die Bürgerräte verknüpft mit den Referenden. Die per Los ausgewählten Bürgerinnen und Bürger diskutieren über das Thema des Referendums, das etwa zwei Monate später zur Abstimmung kommt, und sie müssen eben einen Bericht darüber schreiben, was die jeweiligen Vorteile und Nachteile sind. Dieser Bericht, wir haben ihn Bürgerbrief genannt, wird dann an alle Stimmberechtigten

Nenad Stojanović ist Professor für Politikwissenschaft des Schweizerischen Nationalfonds SNF an der Universität Genf, Assoziierter Forscher am Zentrum für Demokratie Aarau und Privatdozent an der Universität Luzern. Sein stadtöffentlicher Vortrag im Rahmen der **Grosser-Gastprofessur** über »Direkte Demokratie gegen Populismus?« findet statt am Montag, 29.1.2024, um 19.00 Uhr s.t. im Casino, Raum 1.801 (Renate von Metzler-Saal).

Mehr Infos zur Alfred Grosser-Gastprofessur des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften in Kooperation mit der Stiftung Polytechnische Gesellschaft Frankfurt am Main unter <https://tinygu.de/no5w0>

in der jeweiligen Stadt oder im Kanton verschickt. Sehr oft ist es nämlich für die Stimmberechtigten schwierig, komplexe Themen in Referenden sofort zu verstehen; die offiziellen Abstimmungsbüchlein sind oft zu komplex.

Kann man da schon sagen, dass das wirklich eine förderliche Wirkung sozusagen auf die Demokratie, auf Bürgerbeteiligung hat?

Insgesamt sind diese Bürgerräte sehr positiv für die Entwicklung der Demokratie. Aber ergänzend, nicht als Ersatz bestehender Institutionen der repräsentativen Demokratie. In Frankfurt gibt es, geleitet von Brigitte Geißel, ein Forschungszentrum, das sehr viel zu solchen demokratischen Innovationen geforscht hat. Selbstverständlich muss man aufpassen, dass die Durchführung von Bürgerräten nicht zu einer Alibiübung der Regierung mutiert. In Frankreich hatte Präsident Macron einmal eine Art von Klimabürgerrat einberufen, aber am Ende diente das nur dem Ziel, den Druck von der Straße zu nehmen. Aus diesem Grund wäre natürlich eine Institutionalisierung solcher Bürgerräte gut. Dann wäre klar, dass sie nicht einfach nur als Experimente durchgeführt werden.

Ihr stadtöffentlicher Vortrag trägt den Titel: »Direkte Demokratie gegen Populismus?« Können Sie schon verraten, wie Sie die Frage beantworten werden?

Die Hauptbotschaft meines Vortrags wird sein: Wir sollten direkte Demokratie als ein demokratisches Instrument würdigen und nicht als etwas sehen, das Populisten fördert. Das ist nämlich die Hauptkritik gegen Referenden, auf die man oft in Deutschland, Frankreich und Belgien stößt. Ich werde versuchen, eine Gegenthese zu entwickeln. Je nachdem, wie die Direktdemokratie gestaltet wird, kann sie auf den Populismus bremsend wirken. Warum? Es ist eben viel einfacher für einen Populisten in einem Land, wo es keine Referenden gibt, zu behaupten, er spreche im Namen des Volkes. Es ist natürlich schwieriger, das zu behaupten, wenn es

Fortsetzung von Seite 16

dafür keine Bestätigung in der Bevölkerung gibt. Wichtig für die direkte Demokratie ist auch, dass es diese Checks and Balances gibt. Das ist eigentlich schon der Grund, warum wir überhaupt von liberalen Demokratien sprechen. Denn Demokratie heißt ja nicht einfach, dass alle ein Stimmrecht haben und die Mehrheit entscheidet. Das wäre die Tyrannei der Mehrheit. Wichtig hingegen ist, dass es gewisse Rechte gibt, die in der Verfassung geschützt sind. Die auch geschützt sind vor einem möglichen demokratischen Entscheid der Mehrheit. In der deutschen Verfassung gibt es die sogenannten Ewigkeitsklauseln – also genau die Rechte, die man ewig schützen möchte.

Fragen: Dirk Frank

Von zähem Grün in Pflasterfugen, einem Campus-Naturwald und Permakulturgärten

Das neue Format CAMPUS WANDELN an der Goethe-Universität

CAMPUS WANDELN lädt zu Spaziergängen und Ortsterminen zur Nachhaltigkeit ein, um miteinander ins Gespräch zu kommen – über Nachhaltigkeit, Biodiversität, gemeinsame Ideen für ein nachhaltiges Lernen, Lehren, Forschen, Arbeiten und Leben auf dem Campus und über diesen hinaus. Der erste Termin im Oktober begann mit einer sogenannten »Krautschau«.

CAMPUS WANDELN

Die Veranstaltungsreihe CAMPUS WANDELN wird organisiert und durchgeführt von Lilly Gothe vom Nachhaltigkeitsbüro der Goethe-Universität gemeinsam mit der Kunst- und Kulturwissenschaftlerin Prof. Dr. Verena Kuni.

Weitere Termine und Themen im Überblick:

14. Dezember, 12.30 Uhr, Treffpunkt Eingang Biologicum, Campus Riedberg

Permakulturgarten auf dem Campus Riedberg mit Emil Unkrig, Goethe-Universität, Student

Welches Konzept steht hinter dem Begriff Permakultur? 800 Quadratmeter auf dem Riedberg und 2 000 Quadratmeter auf dem Campus Westend hat die Universität derzeit für Permakultur bereitgestellt. Will heißen: für hochproduktive essbare Ökosysteme, die dauerhaft funktionieren. Um das zu erreichen, werden traditionelle Methoden mit neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen verknüpft. Was das für die Campusgärten bedeutet, erklärt Emil Unkrig, Mitbegründer der Permakulturgärten der Goethe-Universität.

25. Januar 2024, 12.30 Uhr, Treffpunkt Eingang Wissenschaftsgarten, Campus Riedberg

Nachhaltigkeit auf dem Campus mit Robert Anton, Goethe-Universität, Technischer Leiter Wissenschaftsgarten und Leiter Außenanlagen

Nistkästen für Singvögel, ungemähte Wiesen als Insektenbehausung, ein Campus-Wäldchen als Naturwald, Totholz, Dachbegrünungen mit trockenresistenten und insektenfreundlichen Pflanzen – der Leiter des Wissenschaftsgartens Robert Anton stellt ausgewählte Projekte für mehr Nachhaltigkeit auf dem Campus vor.

Anmeldung zu den CAMPUS-WANDELN-Spaziergängen per E-Mail an gothe@nachhaltigkeit.uni-frankfurt.de sowie weitere Informationen über www.buerger.uni-frankfurt.de und <https://aktuelles.uni-frankfurt.de/veranstaltungen/>

Es ist Mittag, 26. Oktober 2023, und auf dem Campus Westend lässt sich etwas Kurioses beobachten: Menschen bücken sich oder knien sich hin, deuten mit ihren Fingern auf den Boden. Julia Krohmer, promovierte Geoökologin und Wissenschaftskordinatorin bei der Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung, leitet die Gruppe interessierter Bürger*innen und Hochschulangehöriger an, zeigt auf eine Ritze zwischen den Steinen, nimmt sich ein Stück Kreide, umkreist ein unscheinbares Pflänzchen und schreibt „Niederliegendes Mastkraut“ auf den Asphalt. Wir ziehen weiter, nur einige Meter, die nächste Entdeckung. „Hirtentäschel“ zeigt die Pflanzenapp Flora Incognita an, die mittels Künstlicher Intelligenz Bilder abgleicht und so die automatische Bestimmung von mehr als 16.000 Gefäßpflanzenarten ermöglicht. Wir schreiben „#Krautschau“ mit Kreide auf den



„Krautschau“: Ein Drittel aller Wildpflanzenarten in Frankfurt finden sich zwischen Fugen, Ritzen und Steinen. Foto: Lilly Gothe

Boden, – ein Format, das – auch auf den sozialen Medien mittels Hashtag – mehr Bewusstsein für die Präsenz von Wildpflanzen im urbanen Raum und für die Bedeutung von Natur in den Städten schaffen will. Denn wer hinschaut, findet selbst in den von Beton und Asphalt geprägten Innenstädten überall Pflanzen: winziges, zähes Grün zwischen Pflastersteinen, in Rinnsteinfugen und Mauerritzen. Und eben nicht nur Grün, sondern eine Vielzahl von Kräutern, Gräsern und Moosen.

Wir kommen ins Gespräch über das Wort „Unkraut“, über die Vielfalt, die sich da unter unseren Füßen ausbreitet, dass sie für viele andere kleine Lebewesen ein wichtiger Lebensraum ist und wie sie mit Chemikalien bekämpft wird. Etwa ein Fünftel aller in Frankfurt wachsenden Wildpflanzenarten finden sich auf den winzigen Flächen zwischen den Steinen. Unter dem Body of Knowledge von Jaume Plensa finden wir jede Menge Löwenzahn, aber auch ein Exemplar des „Weichen Storchschnabels“ – „weich wie ein Kätzchen“, schwärmt Julia Krohmer und lädt die Spazierenden zum behutsamen Streicheln der Blätter ein.

Zum Ende des Spaziergangs zählen wir 30 Pflanzenarten. Weit sind wir dabei nicht gekommen, knappe 200 Meter haben wir es über den Campus geschafft. Pünktlich zum Ende der Veranstaltung fängt es an zu regnen. Unsere Kreidemarkierungen wäscht der Regen davon – aber der Eindruck des zunächst Unscheinbaren und von dessen immenssem Reichtum bleibt.

Lilly Gothe, Nachhaltigkeitsbüro